

030. Sitzung des 5. Sächsischen Landtages, 09.02.2011

Rede von MdL Annetrin Klepsch zum Antrag der Fraktion SPD in Drs 5/2145 „Sicherung des Fachpersonals in Kindertagesstätten“ und der Fraktion DIE LINKE in Drs 5/3742 „Situation der Erzieherinnen und Erzieher in sächsischen Kindertageseinrichtungen“

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren,

das Thema des drohenden Fachkräftemangels ist gegenwärtig in aller Munde und füllt die Zeitungen, doch wenn es um das Fachpersonal in den sächsischen Kindertageseinrichtungen geht, scheint Nichts-sehen-Nichts-hören-Nichts-sagen die Strategie der Staatsregierung zu sein.

Die Antwort der Staatsregierung auf den Antrag der SPD und auch auf mehrere Kleine Anfragen zum zukünftigen Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern und den Ausbildungskapazitäten spricht Bände, weil dringend notwendige Daten für eine objektive Einschätzung der zukünftigen Entwicklung hinsichtlich des Fachkräfteangebotes gar nicht erhoben werden. Wenigstens ist Ihre Verwaltung an dieser Stelle ehrlich und man ist schon fast geneigt, einen Antrag ins Parlament einzubringen, der dem Statistischen Landesamt in Kamenz vorschlägt, welche Daten zusätzlich erhoben werden sollen!

Dabei hätten Sie, Herr Wöller und Ihre Verwaltung selbst darauf kommen können, an welchen Stellschrauben hinsichtlich des Fachkräftenachwuchses für die sächsischen Kindertagesstätten gedreht werden muss - ohne penetrante Nachhilfe durch die Opposition! Denn bereits vor zwei Jahren, in der Stellungnahme zum 3. Sächsischen Kinder- und Jugendbericht, kommt die Staatsregierung zu folgendem Schluss, ich darf zitieren:

„Die Altersstruktur des pädagogischen Personals, insbesondere die in Kindertageseinrichtungen anstehende Ersetzung der altersbedingten Abgänge erfordert besondere Aufmerksamkeit. Deshalb teilt die Staatsregierung die Auffassung der Kommission, wonach es einer konzertierten ressortübergreifenden Aktion bedarf, um den Fachkräftenachwuchs zukünftig zu sichern und damit auch in Zukunft die hohe Fachlichkeit dieses Handlungsfeldes zu erhalten.“

Dass durch das Kultusministerium als oberste Behörde auch der Berufsschulzentren weder Zahlen zu den Ausbildungskapazitäten noch zur Auslastung der Aufnahmekapazitäten an den Fachschulen für Sozial- und Erziehungswesen erhoben werden, ist ein Armutszeugnis. Allein zu Beginn des laufenden Schuljahres verzeichnete das in öffentlicher Trägerschaft stehende Dresdner BSZ „Karl-August-Lingner“ mehr als 500 Bewerberinnen für 56 Plätze. In Leipzig sah es mit mehr als 400 BewerberInnen für 28 Plätze nicht besser aus!

Ich denke, die Dramatik der Situation ist deutlich geworden: junge Menschen wollen einen Sozialberuf ergreifen, sie wollen als Erzieherinnen und Erzieher arbeiten, doch nur die wenigsten erhalten einen kostenfreien Ausbildungsplatz an einer staatlichen Schule

und die Mehrzahl muss zu einem privaten Bildungsträger ausweichen, der Schulgeld verlangt. Der Grund dafür ist jedoch nicht, dass wir die zukünftigen Erzieherinnen und Erzieher nicht benötigen, sondern dass die Koalition einen Stellenabbauplan beschlossen hat, der um die staatlichen Berufsschulen keinen Bogen macht. Das, Herr Wöller und Herr Tillich, ist Sparen an der falschen Stelle. Über die Bedeutung und die Gefahren des Fachkräftemangels hat Ihr Sozialpolitiker Herr Krauß ja vorhin bereits ausführlich gesprochen.

Zu dem Antrag meiner Fraktion „Situation der Erzieherinnen und Erzieher in sächsischen Kindertageseinrichtungen“ liegt uns nun eine ausführliche Stellungnahme vor. Wir erfahren dort, dass sich die Zahl der Fachkräfte von 22.813 im Jahr 2008 auf 25.584 im Jahr 2010 erhöht hat. Dies ist bekanntermaßen jedoch nicht damit begründet, dass der Betreuungsschlüssel verbessert und die Fachkraft-Kind-Relation geändert wurde, sondern ausschließlich dadurch, dass es wieder mehr Kinder in Betreuung gibt. Die neuesten Zahlen des Statistischen Landesamtes sind vom März 2009, damals befanden sich 244.853 Kinder einschließlich Hort in der Kindertagesbetreuung. Das waren 2009 bereits 20.000 mehr betreute Kinder als noch im Jahr 2007.

Bereits im letzten Sommer mussten einzelne Träger von Kindertageseinrichtungen wie die Stadt Dresden zugeben, dass vorhandene Kita-Plätze – die dringend von berufstätigen Eltern benötigt werden – nicht besetzt werden können, weil die Erzieherinnen und Erzieher dafür fehlen! In Dresden waren es zeitweise 122 Plätze und parallel dazu gibt es Tendenzen, dass Fachkräfte aus den Landkreisen von freien Trägern zum öffentlichen Träger abwandern, weil dieser besser zahlt.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich bei der Zahl der beschäftigten Fachkräfte auch, dass ein Teil derjenigen, die zu den erwähnten 25.000 Erzieherinnen und Erziehern zählen, sich noch in der berufsbegleitenden Ausbildung befindet und trotzdem schon die volle Verantwortung tragen müssen. Gegen eine praxisnahe Ausbildung ist zunächst nichts einzuwenden, jedoch schönt es die Statistik und schont die öffentlichen Haushalte, weil es auf Kosten der tatsächlichen und berufserfahrenen Fachkräfte geht, die zwangsläufig für berufliche Quereinsteigerinnen mit anderen Berufserfahrungen Hilfestellungen geben müssen, worunter nicht zuletzt die Betreuungsqualität insgesamt leidet.

Wir erfahren aber aus der Stellungnahme der Staatsregierung zu unserem Antrag auch, wie einseitig sich die Altersstruktur der vielen Erzieherinnen und wenigen Erzieher sich entwickelt hat. Etwa die Hälfte der ErzieherInnen ist im Alter zwischen 45 und 60 Jahren.

Dass es nur noch wenige hundert über 60-Jährige Erzieherinnen gibt, dürfte wohl weniger am Bedarf, sondern viel mehr an der psychischen und physischen Beanspruchung in diesem Berufsbild liegen, weil ein Großteil der Fachkräfte bereits vor dem gesetzlichen Renteneintrittsalter ausscheidet.

Die Staatsregierung macht es sich an dieser Stelle zu einfach, wenn sie darauf verweist, dass der Renteneintritt eine individuelle Entscheidung der Erzieherinnen und Erzieher selbst ist und dass es Aufgabe der Einrichtungsträger sei, die Arbeitsbedingungen gesundheitsfördernd und belastungsmindernd zu gestalten. Schließlich ist ein wichtiger Parameter in der Gestaltung der Arbeitsbedingungen in Kitas die Frage der Fachkraft-Kind-Relation. Und an dieser Stelle hat der Freistaat in den

letzten Jahren nichts getan, die Situation zu verbessern und mit einer Erhöhung der Kita-Pauschale an die Kommunen, wie sie seit Jahren von uns als Opposition, aber auch durch die Wohlfahrtsverbände gefordert wird.

Zu Punkt 3 unseres Antrages, in dem es um die Vergütung der Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertageseinrichtungen geht. Das tut mir leid für Sie, Herr Minister Wöllner, wenn Ihrem Haus dazu keine Erkenntnisse vorliegen. Aber sollte es nicht in Ihrer Pflicht sein, sich um entsprechende Daten zu bemühen?

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat im vergangenen Jahr eine entsprechende Studie vorgelegt und kommt unter anderem zu dem Schluss: „Es haben nur 50 Prozent der Erzieherinnen und 30 Prozent der Kinderpfleger eine Vollzeitstelle. Insbesondere Nachwuchskräfte erhalten zudem lediglich befristete Stellen: Lediglich 49 Prozent der Fachkräfte unter 25 Jahren sind unbefristet eingestellt. Fast 20 Prozent der Berufsanfänger sind armutsgefährdet: Sie verdienen weniger als 786 Euro netto. Das Nettoeinkommen von Erzieherinnen liegt 224 Euro unter dem Durchschnitt aller Erwerbstätigen.“

Herr Wöllner, es wäre die Aufgabe Ihres Hauses, entsprechende Daten für Sachsen zu erheben, deshalb sehen wir unseren Antrag trotz Ihrer Stellungnahme nicht als erledigt an. Gleichmaßen hat der Antrag der SPD nach wie vor Gültigkeit, weil es uns darum gehen muss, dem bald drohenden Erziehermangel vorzeitig vorzubeugen und es nicht den öffentlichen und freien Träger von Kindertageseinrichtungen zu überlassen, das geeignete Personal bundesweit mit der Lupe zu suchen, um den Rechtsanspruch der Eltern auf Kindertagesbetreuung absichern zu können, denn auch in den anderen Bundesländern werden pädagogische Fachkräfte gesucht, wenn der Krippenausbau wie im Kinderförderungsgesetz durch den Bund festgelegt, umgesetzt wird.